



Foto: Steffi Geyer

Radikal real

Vor und nach dem Wahlparteitag in Berlin konnte man es wieder hören und lesen: Die Forderungen der LINKEN seien radikal, populistisch und nicht umsetzbar. Schnell vergessen wird dabei, dass uns dieser Vorwurf schon gemacht wurde, als wir die gesellschaftliche Kontrolle der Banken und staatliche Konjunkturprogramme forderten. Heute wird das quer durch die Gesellschaft diskutiert und in Teilen sogar Realität. Übersehen wird auch, wie populistisch sich die anderen Parteien gerieren. Weder CDU noch FDP werden ernsthaft gefragt, wie sie angesichts einer Neuverschuldung im dreistelligen Milliardenbereich Steuersenkungen gegenfinanzieren wollen. Auch die SPD schweigt sich darüber aus, wie sie das ausufernde Defizit in den Griff zu kriegen gedenkt. Stattdessen wird eine Schuldenbremse in der Verfassung verankert, die vor der Realität keinen Bestand haben wird. Entscheidender aber ist: Natürlich klingen beispielsweise 10 Euro Mindestlohn für eine Friseurin oder einen Wachmann heute wie ein Traum. Jedoch bedeutet es nur, dass Menschen von ihrem Einkommen wieder leben können sollen, ohne nebenher noch auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein. Das ist nicht populistisch, sondern das Mindeste, was eine Gesellschaft gewährleisten sollte. Und wenn der Staat nicht mehr Hungerlöhne subventionieren muss, wäre es auch ein realer Beitrag zur Entlastung der Sozialsysteme und gegen weitere Schulden. Das zeigt, nur wer radikal gegen den neoliberalen Mainstream andenkt, kann den bevorstehenden Krisen mit realistischen Lösungen begegnen.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender

Bundesweiter Bildungsstreik 2009 DIE LINKE in Berlin unterstützt die Forderungen der Streikenden nach besserer Bildung und mehr Bildungsgerechtigkeit. Sie hat Studiengebühren verhindert und streitet für eine bessere Ausstattung der Hochschulen. DIE LINKE fordert darüber hinaus einen „nationalen Bildungspakt“ zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung der notwendigen Investitionen.

Alle reden von BAD BANKS – wir haben eine saniert

In der tiefsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren fühle ich mich oft erinnert an die Zeit der Entstehung dieser Koalitionsregierung aus LINKEN und Sozialdemokraten im Gefolge des bis dahin größten Bankenskandals in der Bundesrepublik. Die damalige Bankgesellschaft Berlin ist nach hochriskanten Fondsgeschäften, die mit hohen öffentlichen Garantien abgesichert waren, in eine existenzgefährdende Schieflage geraten. Die Schließung der Bank drohte und dadurch Folgeinsolvenzen vieler Unternehmen und damit hohe Arbeitslosigkeit. Wir haben uns schließlich dafür entschieden, die gigantischen Risiken öffentlich abzusichern, das heißt, mit der öffentlichen Hand in die Haftung zu gehen. In einem zweiten Schritt haben wir bei der Bank eine Kapitalerhöhung vorgenommen und damit die vollständige Kontrolle über die Bank übernommen. Es ist uns gelungen, die Bank innerhalb von fünf Jahren erfolgreich zu sanieren. Zwar mussten wir sie 2007 aufgrund einer EU-Auflage veräußern, allerdings verblieb sie durch den Verkauf an den Deutschen Sparkassen- und Giroverband in der öffentlichen Hand. Folgende Schlussfolgerungen ziehen wir für die gegenwärtige Situation: Erstens: Um die Banken und damit daran hängende Arbeitsplätze und Investitionen zu sichern, ist der Einsatz öffentlicher Gelder notwendig.

Zweitens: Wenn öffentliche Gelder eingesetzt

werden, muss das an klare Gegenleistungen gebunden sein. Verluste dürfen nicht mit öffentlichen Geldern sozialisiert und Gewinne nicht weiter privatisiert werden. Der Staat muss über Eigentumsrechte an den Sanierungserfolgen partizipieren. Die Banken müssen sich ihrer eigentlichen Aufgabe der Kreditversorgung und der Finanzierung von Investitionen widmen. Der öffentliche Einfluss muss genutzt werden, um – solange es keine wirksame Regulierung der internationalen Finanzmärkte gibt – ruinöse Geschäftspraktiken zu unterbinden und das Spiel im Casino zu beenden.

Drittens: Unser Berliner Beispiel macht deutlich, dass die als Naturgesetz propagierte These widerlegt ist, die öffentliche Hand wirtschafts stets schlechter als Private. Die öffentlichen Banken sind in die Krise gekommen, weil sie versucht haben, wie private Banken zu agieren und sich damit in die hochriskanten spekulativen Geschäfte begeben haben. Viertens: Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise widerlegt das landläufige Vorurteil, Linke hätten keine Wirtschaftskompetenz. Im Gegenteil: Heruntergewirtschaftet wurde die Bank unter der Ägide einer CDU-geführten Großen Koalition. Saniert wurde sie unter einer Regierung von LINKEN und Sozialdemokraten.

■ Harald Wolf, Bürgermeister und Senator

Thema:

Schwerpunkte: Bildung, Personal und Bezirke

Der vom Senat vorgelegte Haushaltsentwurf für 2010/2011 ist nach Einschätzung der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus eine ordentliche Grundlage für die Beratungen im Herbst. Vorsitzende Carola Bluhm unterstrich, dass es gelungen sei, die Grundlinie der Konsolidierung zu halten. Gleichzeitig würden in den Bereichen Schwerpunkte gesetzt, die für den Zusammenhalt der Stadt wichtig sind: Bezirke, Bildung, einschließlich der Kinderbetreuung, Wissenschaft und der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor gehörten dazu. Hier sei Konsens in der Koalition, dass der Krise nicht hinterhergespart werde. Für die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sei der Spielraum klein, aber es könne keine Nullrunde geben, so Bluhm.

Initiative zur Akzeptanz sexueller Vielfalt

Nach der rechtlichen Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft wurde im Abgeordnetenhaus jetzt ein weiterer Schritt zur Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und Identität beschlossen. Im Mittelpunkt der Initiative und des rot-roten Maßnahmenkatalogs stehen Bildung und Aufklärung, der Wandel der Verwaltung, Opferschutz, die Fortsetzung des Dialogs in der Zivilgesellschaft für mehr Akzeptanz sowie der offensive Umgang mit sexueller Vielfalt durch Berlins Repräsentantinnen und Repräsentanten.

Ehrenamtliche Bibliotheken nicht blockieren

Die Fraktion DIE LINKE hat ihre Forderung bekräftigt, dass auch ehrenamtlich geführte Einrichtungen weiter Zugang zu den Informationen des Verbundes Öffentlicher Bibliotheken (VÖBB) haben müssen. Vorschläge dafür, die den Datenschutz berücksichtigen, seien ausgehandelt worden, so Marion Seelig, stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Der Widerstand des VÖBB gegen die ehrenamtlichen Bibliotheken sei nicht nachvollziehbar.

Schulstrukturreform: Zwei gleichwertige weiterführende Schulen

Schule ohne Auslese bleibt das Ziel der LINKEN

Die Koalition von SPD und LINKEN geht mit der Schulstrukturreform die zentralen Probleme unseres Schulsystems an: Kein Kind soll die Schule ohne Abschluss verlassen. Deutlich mehr Kinder sollen qualifizierte Abschlüsse bis hin zum Abitur erreichen. Der Zusammenhang zwischen sozialem und Migrationshintergrund einerseits und den Bildungschancen eines Kindes andererseits muss überwunden werden. Diese Ziele sind letztlich nur mit einer Schule zu erreichen, die auf Auslese verzichtet und dem Selbstverständnis der **Berliner Gemeinschaftsschule** entspricht. Die Koalition ist sich einig, dass die jetzt beschlossene Schulstrukturreform nur ein Zwischenschritt dahin sein kann.

Keine Aufteilung der Kinder auf Lebenswege

Kern der Reform ist, künftig in allen weiterführenden Schulen alle Abschlüsse bis hin zum Abitur anzubieten. Eltern müssen nicht mehr über die Lebensperspektive ihrer Kinder entscheiden, wenn diese erst 11 Jahre alt sind. Stattdessen gibt es nach der Grundschule die Wahl zwischen dem **Gymnasium** und der **integrierten Sekundarschule** mit Ganztagsbetrieb. Während im Gymnasium auf Tempo gesetzt wird, weniger Zeit für individuelle Förderung bleibt und an Probejahr sowie Sitzenbleiben festgehalten wird, führt die integrierte Sekundarschule künftig zu den gleichen Abschlüssen. In dieser Schule soll sich eine neue Lehr- und Lernkultur entwickeln, in der das individuelle Lernen der Kinder im Mittelpunkt steht – ohne Sitzenbleiben und ohne den Zwang zur Aufteilung in Kurse für Leistungsstärkere und Leistungs-

schwächere. Und die Sekundarschule wird vernünftig ausgestattet. Die Klassenfrequenz wird auf 25 Kinder gesenkt, der Ganztagsbetrieb mit zusätzlichen Lehrern, Erziehern und Sozialarbeitern ausgestattet. Es gibt Teilungs- und Förderstunden sowie Mittel für praktisches Lernen. Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus armen Familien oder von Kindern mit Migrationshintergrund bekommen extra Personal- und Sachmittel.

Die Lösung für den komplizierten Übergang nach der Grundschule setzt auf Beratung und stärkt das Elternwahlrecht. Gibt es mehr Anmeldungen als Plätze, wählen die Schulen unter den Anmeldungen aus und entscheiden nach Profil, aber auch nach Leistung. Für ein Drittel der Plätze begehrter Schulen öffnet im letzten Schritt das Los auch Kindern aus bildungsfernen Schichten die Schule, um einer weiteren sozialen Ausdifferenzierung entgegenzuwirken.

Mehr Gemeinschaftsschulen

Wir stärken auch jene Schulen, die als Gemeinschaftsschulen den direkten Weg zu einer Schule ohne Auslese gehen wollen, in der von Klasse 1 bis Klasse 10 bzw. bis zum Abitur gemeinsam gelernt wird. Die Koalition will sie bedarfsgerecht ausbauen. Wo immer es eine Schule will, wo immer ein Bezirk es will, wo immer Eltern es wollen, da kann es – rechtlich für die Zukunft abgesichert – neue Gemeinschaftsschulen geben.

■ *Steffen Zillich,*
MdA, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion



Die Halbleitbilanz des rot-roten Senats 2006–2009 zum Nachlesen ist zu finden unter www.berlin.de/senatsbilanz

DIE LINKE wirkt!

Die Linksfraktion im Bundestag hat

- mit ihrer Forderung nach einem einheitlichen Mindestlohn gemeinsam mit den Gewerkschaften die öffentliche Debatte befördert und die Bundesregierung gezwungen, zumindest in einigen Branchen Mindestlöhne einzuführen;
- bereits 2006 gefordert, das steuerfreie Existenzminimum anzuheben, um Niedrigeinkommensbezieher zu entlasten; das erfolgt nun in zwei Schritten im Rahmen des Konjunkturpakets II;
- dafür gesorgt, dass die Debatte um Lohngleichheit für Männer und Frauen nicht mehr an der Frage von prekärer Arbeit und Niedriglöhnen vorbeikommt;
- mit ihren beharrlichen Forderungen dazu beigetragen, dass das Förderprogramm „Stadtumbau Ost“ statt nur bis 2009 nun bis 2016 fortgeführt wird;
- gemeinsam mit sozialen Verbänden und außerparlamentarischen Initiativen durchgesetzt, dass das Arbeitslosengeld II im Osten auf Westniveau angehoben wurde;
- mit ihrem Druck gegen Zwangsverrentungen nach Auslaufen der sogenannten 58er-Regelung erreicht, dass durch eine Nachfolgeregelung der Bundesregierung nunmehr eine Zwangsverrentung vor dem 63. Lebensjahr ausgeschlossen wird;
- eine Anhörung zum Thema Wohngeld initiiert, in deren Ergebnis in die Novelle des Wohngeldgesetzes eine Erhöhung des Wohngeldes um acht Prozent und die teilweise pauschale Erstattung von Heizkosten aufgenommen wurden;
- klare Forderungen für einen verbesserten Verbraucherschutz aufgestellt; davon griff die Bundesregierung in einer Gesetzesinitiative die Verlängerung der Verjährungsfristen bei Falschberatung und Dokumentationspflicht bei der Finanzberatung auf.

Mehr zur Bilanz der LINKEN im Bundestag: http://linksfraktion.de/publikationen_reader.php



Foto: Ulwe Stürmke

Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden DIE LINKE hat auf ihrem Bundestagswahlparteitag am 20. und 21. Juni in der Berliner Max-Schmeling-Halle ihr Wahlprogramm beschlossen.

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!

Parteitag der LINKEN beschloss Wahlprogramm

Entgegen den Unkenrufen aus den Redaktionsstuben großer Zeitungen ist DIE LINKE auf ihrem Berliner Parteitag nicht der Versuchung gefolgt, es Max Schmeling gleichzutun. In großer Einmütigkeit hat sie ihr Programm für die kommende Bundestagswahl verabschiedet.

Es ist in jeder Hinsicht ein Kontrastprogramm zu den vier neoliberalen Parteien: gegen eine Beteiligung der Bundeswehr an Kriegseinsätzen wie in Afghanistan, gegen das Abwälzen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Rentnerinnen und Rentner, die abhängig Beschäftigten und die Arbeitslosen, für mehr soziale Gerechtigkeit, für eine bessere Bildung für alle, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Union und FDP betreiben einen gigantischen Wahlbetrug, wenn sie angesichts einer dramatischen Rekordverschuldung der öffentlichen Haushalte infolge der Krise den Wählerinnen und Wählern Steuersenkungen versprechen.

DIE LINKE ist da wesentlich realistischer und auch glaubwürdiger. Einerseits fordert sie ein milliarden-schweres Investitionsprogramm in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Klimaschutz und Verkehr und die Schaffung bzw. Sicherung von zwei Millionen Arbeitsplätzen sowie einen Zukunftsfonds für Unternehmen. Andererseits erklärt sie, die Vermögenden, die seit Rot-Grün permanent entlastet wurden, mit einer Millionärssteuer von 5 Prozent und einer Börsenumsatzsteuer von einem Prozent, was bis zu 160 Mrd. Euro steuerliche Mehreinnahmen bringt, heranzuziehen und gleichzeitig niedrige und mittlere Einkommen

steuerlich zu entlasten.

Der Skandal der Rente mit 67 muss zurückgenommen werden. Ein gesetzlich garantierter Mindestlohn von 10 Euro und eine Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes von 351 auf 500 Euro bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode sollen durchgesetzt werden. Das stärkt sofort die Nachfrage und somit die Binnenwirtschaft.

SPD und Grüne haben sich in manchen Punkten den Forderungen der Linken angenähert. Auch sie wollen in bescheidenerem Maße einen Mindestlohn und eine Erhöhung von Hartz IV, aber sie erklären gleichzeitig, dies ausgerechnet mit der FDP umsetzen zu wollen. Das ist glatte Wählerinnen- und Wählertäuschung, zumal die SPD eine Koalition mit der LINKEN ausdrücklich ausgeschlossen hat. Bürgerinnen und Bürger haben durchaus kluge und unterschiedliche Motive bei den Wahlen. Viele werden DIE LINKE aus Überzeugung wählen, andere, weil sie DIE LINKE als einen wichtigen Korrekturfaktor betrachten: Indem sie DIE LINKE stärker machen, zwingen sie auch die anderen Parteien zu Kurskorrekturen ihrer Politik.

Es liegt in erster Linie an uns selbst, die vom Parteitag ausgehende Aufbruchstimmung in einen engagierten und fantasievollen Wahlkampf umzusetzen, damit dieses Land sozialer und in seiner Außenpolitik friedlicher wird.

■ **Gregor Gysi**, Spitzenkandidat der LINKEN für die Bundstagswahl

Termine:

3. Juli – Premiere

Lachen – und kein Arzt kommt

K.u.K. – Kishon & Kreisler. Eine satirische Doppel-Monarchie
Weitere Veranstaltungen: 10., 15., 18., 21., 26. Juli, jeweils 20 Uhr, Charly M. Kabarett, Karl-Marx-Allee 133, 10243 Berlin-Friedrichshain
Karten-Telefon: 030 42 02 04 34

6. Juli

Gregor Gysi in POP & Politik

Gastgeber: Stefan Liebich
20 Uhr im Blauen Salon der Brotfabrik, Prenzlauer Promenade 3 / Caligariplatz, 13086 Berlin

10. Juli

Lesung „Und morgen?“

Extreme Rechte in Sachsen
Mit Kerstin Köditz, Mitglied der Linksfraktion im Sächsischen Landtag
19 Uhr, Roter Laden im Friedrichshain, Weidenweg 17, 10249 Berlin

20. Juli

Schloss und Kaiserdenkmal - Humboldt-Forum und Einheitsdenkmal?

Begleitveranstaltung zur Ausstellung: Schloss – Palast der Republik – Humboldt-Forum.

Mitte Spreeinsel Berlin – ein Ort historischer Brüche. Gesprächspartner: Prof. Dr. Florian Mausbach (Präsident des BBR a.D.), Prof. Dr. Gabi Dolf-Bonekämper (TU Berlin), Moderation: Dr. Bruno Flierl
Eintritt: 1,50 Euro
19 Uhr, Bauakademie, Französische Straße/Schinkelplatz, 10117 Berlin

24. bis 27. August

Junge Panke – Sommerworkshop

Nach dem Ende des Neoliberalismus

Gemeinsam mit dem JugendbildungsNetzwerk bei der RLS
Altersbegrenzung: 27 Jahre
Team: Klaus Lederer, Nancy Wagenknecht
Gast: Albert Scharenberg
Teilnahme: 15 Euro
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Freienwalder Chaussee 8-10, 16256 Werftpfuhl. Bitte anmelden: 030 47 53 87 24, info@helle-panke.de

Bitte vormerken:

25. September:

Zentraler Wahlkampfabschluss der LINKEN

Auftakt zum Endspurt. Mit Gregor Gysi
15 – 17 Uhr, Alexanderplatz, Berlin-Mitte
Wahlkampftermine: www.die-linke-berlin.de

Impressum:

DIE LINKE.
Landesvorstand Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung: WARENFORM
Druck: Druckerei Bunter Hund
Redaktionsschluss: 25. 6. 2009

Kalenderblatt: Die Linke und die deutsche Revolution 1918/1919 Eine andere Welt war möglich!

„... Die vieldiskutierte Frage nach dem Charakter der Novemberrevolution – gescheiterte proletarische Revolution oder unvollendete bürgerliche Revolution – stellt sich heute anders. Die von der Reaktion bis in die Sozialdemokratie hinein beschworene bolschewistische Gefahr bestand 1918/19 nicht. Was jedoch historisch möglich war, war mehr Demokratie, war die Erweiterung der politischen Demokratie hin zu einer sozialen Demokratie. Dies hätte der Demokratie der Weimarer Republik eine Basis verschaffen können, mit der sie resistenter gegen die schwarzbraunen Gegner geworden wäre. Die Rätebewegung war die politische und Organisationsform, die diese Demokratie hätte möglich machen können. In summa: Die deutsche Revolution von 1918/19 war eine große Revolution. Sie war die Geburtsstunde der deutschen parlamentarischen Demokratie als Staatsform. Sie wurde zur »ungeliebten« Revolution, weil die bürgerlichen Parteien wie auch die Sozialdemokratie allen Anlass hatten und haben, ihre Rolle vergessen zu machen. Die Linke hat dagegen allen Anlass, sich des Erbes dieser Revolution umfassender bewusst zu werden. Sie steht heute mehr denn je in der Tradition nicht nur des Spartakusbun-

des und der KPD, sondern auch der USPD und der revolutionären Obleute. Diesem Erbe wird sie gerecht in der untrennbaren Verbindung von Sozialismus und Demokratie, in einer sozialistischen Realpolitik, die im Luxemburgischen Sinne alle Möglichkeiten einer Politik für die werktätigen Massen ausschöpft, die, wie die revolutionären Obleute, ihr Ohr an den Werktätigen in den Betrieben hat. Weder »revolutionäre Gymnastik«, die von den Obleuten (teilweise berechtigt) dem Spartakusbund vorgeworfen wurde, noch ein Versacken in den »Sachzwängen«, über denen das Ziel der Systemveränderung verlorengeht, sind das Erbe von 1918/19. Rosa Luxemburgs Wort über die Russische Revolution, die das Problem des Sozialismus aufgeworfen habe, dessen Lösung aber nur weltweit möglich sei, legt die Überlegung nahe, dass nicht zuerst in Russland, sondern eher in einem hochentwickelten Industriestaat wie Deutschland eine andere Welt möglich war.“

■ Prof. Dr. Klaus Kinner

Auszug aus seinem Beitrag im Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung, *RosaLux 1_2009*, Seiten 10–11, www.rosalux.de

SERVICE

DISPUT

Juli 2009

Auslieferung ab 2. Juli

Wahlparteitag

Bundestagswahlprogramm

Reden Lafontaine, Gysi, Bisky

Berichte

Für Nicht-Abonnenten 2,50 Euro.

Bestellungen an:
Partei Vorstand DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
E-Mail: disput@die-linke.de
Telefon: (030) 24 00 95 10
Fax: (030) 24 00 93 99

DIE LINKE.

www.die-linke.de